Bericht









Internationales Programm Rohstoffe und Menschenrechte Schutz der Menschenrechte für von Rohstoffabbau betroffene Gemeinschaften

Projektnummer	IPG25/INT-RMR.138392
Projektdauer	4 Jahre
Projektträger	Fastenaktion, Luzern

Rohstoffe wie Gold, Kobalt und Kupfer sind gefragter denn je – insbesondere im Zusammenhang mit der "Energiewende", der Entwicklung künstlicher Intelligenz und der zunehmenden Unsicherheit. Doch dort, wo sie abgebaut werden, zahlen Mensch und Umwelt meist einen hohen Preis: Umweltzerstörung, Ausbeutung und Gewalt gehören leider zum Alltag der lokalen Bevölkerung. Fastenaktion setzt sich gemeinsam mit Partnerorganisationen für die Rechte der betroffenen Menschen ein – sowohl auf nationaler und internationaler Ebene als auch direkt vor Ort.

In Lateinamerika und Afrika ist der Abbau von Rohstoffen oft mit grossen Problemen verbunden. Menschen, die sich für die Rechte der betroffenen Bevölkerung einsetzen, werden häufig bedroht, angegriffen, verhaftet oder angeklagt. Die steigende Nachfrage nach natürlichen Ressourcen verschärft diese Situation. In der Schweiz fordert die Zivilgesellschaft deshalb mehr Verantwortung von multinationalen Konzernen.

Bei den Vereinten Nationen engagiert sich Fastenaktion in den Verhandlungen für ein verbindliches Abkommen zu Unternehmen und Menschenrechten. 2024 kamen die Verhandlungen zügig voran und die Inhalte eines internationalen Abkommens zur Verantwortung transnationaler Unternehmen wurden immer klarer.

Menschenrechte werden in den betroffenen Regionen gestärkt

In der Schweiz engagiert sich Fastenaktion dafür, dass Schweizer Firmen auch im Ausland Menschenrechte achten und die Umwelt schützen sollen. Deshalb unterstützt sie die Konzernverantwortungsinitiative 2.0, die dafür verbindliche Regeln schaffen will, wie es in der EU (Europäischen Union) schon beschlossen wurde.

Im Goldsektor hat Fastenaktion an wichtigen Treffen teilgenommen. Ziel war es, dass Raffinerien transparenter werden und genauer prüfen, woher ihr Gold stammt. Beim Abbau soll garantiert werden, dass weder Menschenrechte verletzt noch die Umwelt zerstört wird. Im Dialog mit Schweizer Raffinerien wurden die Stimmen unserer Partner und die Situation lokaler Gemeinschaften, die von der Goldgewinnung für die Raffinerie betroffen sind, berücksichtigt.

Zudem unterstützte Fastenaktion in Afrika und Lateinamerika Netzwerke von Zivilgesellschaft und Kirche. Die Netzwerke setzen sich dafür ein, dass betroffene Gemeinschaften ihre Zustimmung geben müssen, bevor Projekte – wie die Nutzung von Land oder Ressourcen – in ihrer Region durchgeführt werden. Diese Netzwerke helfen, die Gemeinschaften zu stärken, Menschenrechtsverteidiger:innen zu schützen und die Kirche zu mobilisieren. Seit 2025 liegt ein stärkerer Fokus auf Afrika, insbesondere



Bericht



auf neuen Partnerschaften in der Demokratischen Republik Kongo. Themen wie Machtmissbrauch und Partnersicherheit sollen dabei wieder verstärkt berücksichtigt werden.

Die Ausgaben für das Programm lagen 2024 leicht über dem Budget und beliefen sich auf CHF 602'285 (+2,1 % gegenüber Budget).

Rohstoffabbau und Menschenrechte im Amazonas

Der Amazonas-Regenwald steht zunehmend unter Druck – durch mächtige Agrar- und Rohstoffindustrien sowie illegale Bergbauprojekte. Sein Erhalt bedeutet mehr als nur Umweltschutz: Er ist eng mit dem Leben und den Rechten der indigenen Gemeinschaften verbunden, die diese einzigartige Region seit Generationen bewahren.

Seit 2013 fördert das kirchliche Netzwerk Red Eclesial Panamazónica (REPAM) den Dialog und die Zusammenarbeit in der Amazonasregion und macht sich stark für den Schutz der kulturellen und biologischen Vielfalt. Im Rahmen unseres Projekts unterstützt Fastenaktion die Kommunikations- und Lobbyarbeit des Netzwerks sowie die Stärkung unabhängiger Medien und des Journalismus, um den Schutz des Amazonas zu fördern.

Illegale Abholzungen, Bergbauprojekte und die zunehmende Gewalt stellen in diesem Zusammenhang nach wie vor grosse Herausforderungen dar. Besonders beeindruckend ist deswegen der Mut der betroffenen Gemeinschaften, welche trotz Bedrohungen weiterhin ungebrochen für den Schutz ihres Gebiets kämpfen. Das Projekt hat 2024 mehr als 2'500 Personen erreicht. Dazu gehören indigene Führungspersönlichkeiten, Flussanwohner:innen, Quilombolas (ethnische Gemeinschaften afrikanischen Ursprungs), Jugendliche sowie Vertreter:innen von Kirchen, NGOs und staatlichen Institutionen.

Mitbestimmung von Frauen bei Minenprojekten in Ostafrika

Unsere Partnerorganisation WoMin setzt sich seit 2013 für Frauen ein, die unter den negativen Folgen des Rohstoffabbaus in Afrika südlich der Sahara leiden. Viele wichtige Rohstoffe für die globale Energiewende stammen aus dieser Region. Doch der Abbau zerstört Umwelt und Lebensgrundlagen. Unter dem Verlust von natürlichen Ressourcen wie Land und Wasser leiden insbesondere Frauen, welche traditionell für die Ernährung der Familie zuständig sind. WoMin macht diese Probleme sichtbar, unterstützt Betroffene und fördert solidarische Alternativen zum Rohstoffabbau. Die Organisation arbeitet mit Gemeinschaften in Uganda, Tansania, Kenia und Südafrika. Sie stärkt lokale Frauengruppen, bildet Führungspersonen aus und fordert mehr Mitbestimmung und das Recht, Grossprojekte ablehnen zu dürfen ("Right to Say No").

Bis Ende 2024 wurden in Ostafrika (Tansania, Uganda, Kenia) 80 Frauengruppen geschult und vernetzt. Dank dem Erfahrungsaustausch konnten die Gruppen voneinander lernen und wirksame Methoden entwickeln, um ihre Rechte zu verteidigen. Führungspersonen geben das Gelernte weiter und binden so weitere Gruppen ein. Im Oktober 2024 fand zum siebten Mal ein ostafrikanisches Seminar zu "Right to Say No" statt. Das Seminar hat Menschen dabei geholfen, sie über ihre Rechte im Zusammenhang mit Rohstoffabbauprojekten aufzuklären. Dies soll ihnen ermöglichen, Projekte zu bekämpfen, die ihre Umwelt und Lebensgrundlagen gefährden.

Dank Ihnen!

Ihre grosszügige Unterstützung ermöglicht es, für eine gerechtere Zukunft zu kämpfen.

Dank dieser Hilfe können benachteiligte Menschen, die durch den Rohstoffabbau ihre Existenzgrundlagen bedroht sehen, ihre Rechte besser wahrnehmen und einfordern. Fastenaktion möchte Ihnen dafür herzlich danken!

Luzern, 14.4.25/François Mercier, verantwortlich für das Landesprogramm

